



Statistik

kurz gefasst

BEVÖLKERUNG UND SOZIALE BEDINGUNGEN

THEMA 3 – 8/2003

Inhalt

Gemeinsame Indikatoren für die soziale Eingliederung 1

15 % der EU-Bürger von Armut bedroht 1

Armutsgefährdung - ein relativer Begriff.....2

Mediane Armutsgefährdungslücke2

Dauerhafte Armutsgefährdung 3

Änderung des Armutsgrenzwertes im Zeitablauf.....3

In einigen Ländern ist das Einkommen gleichmässiger verteilt.....3

Umverteilungseffekt der Sozialtransfers.....4

Mehr zu den *Laeken-Indikatoren*...5

Statistischer anhang 6

Wissenswertes zur Methodik ... 7



Manuskript abgeschlossen: 27.03.2003
ISSN 1024-4379
Katalognummer: KS-NK-03-008-DE-N
© Europäische Gemeinschaften, 2003

Armut und soziale Ausgrenzung in der EU nach Laeken Teil 1

Ian Dennis und Anne-Catherine Guio

Gemeinsame Indikatoren für die soziale Eingliederung

Beim Europäischen Rat von Nizza im Dezember 2000 bestätigten die Staats- und Regierungschefs Ihren Vorschlag vom März 2000 (Lissabon) die „offene Koordination“ als wirkungsvollste Methode zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und setzten ihn in Kraft. Schlüsselmerkmale dieser Annäherung sind die Festlegung gemeinsamer Ziele für die gesamte Europäische Union (EU), die Ausarbeitung nationaler Aktionspläne zur Verwirklichung dieser Ziele sowie periodische Berichte und Überwachung der erreichten Fortschritte.

Aus diesem Grund nahm der Europäische Rat auf seiner Tagung in Laeken im Dezember 2001 ein erstes Paket von 18 gemeinsamen statistischen Indikatoren für soziale Eingliederung an, das es erlauben wird, die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele der EU auf vergleichbare Weise zu überwachen. Bei diesen Indikatoren handelt es sich um ein einheitliches Ganzes, das die sozialen Belange der EU in ausgewogener Weise abdecken soll. Sie umfassen vier wichtige Aspekte der sozialen Eingliederung (finanzielle Armut, Beschäftigung, Gesundheit und Bildung). Damit wird die „Mehrdimensionalität“ des Phänomens soziale Ausgrenzung verdeutlicht. In dieser Ausgabe von *Statistik kurz gefasst* bieten wir Ihnen einen Überblick über die in Laeken gebilligten monetären Indikatoren, die alle auf Basis des Haushaltspanels der Europäischen Gemeinschaft (European Community Household Panel, ECHP) berechnet worden sind. Eine zweite Ausgabe wird dann den nicht-monetären Indikatoren gewidmet werden.

15 % der EU-Bürger von Armut bedroht

1999 waren 15 % der EU-Bevölkerung von Armut bedroht, d. h. sie lebten in Haushalten, deren „verfügbares Äquivalenzeinkommen“ (siehe Hinweise zur Methodik, S. 7) weniger als 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens ihres Wohnlandes betrug. Allerdings verbergen sich hinter dieser Zahl, die als gewogenes Mittel der Ergebnisse der Mitgliedstaaten berechnet wurde (wobei jedes Land mit einem Gewicht versehen wird, das seiner Gesamtbevölkerung entspricht), beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. So reicht die Bandbreite des von Armut bedrohten Bevölkerungsanteils von 9 % in Schweden bis zu 21 % in Griechenland und Portugal (siehe nachstehende Abbildung 1 und den statistischen Anhang).

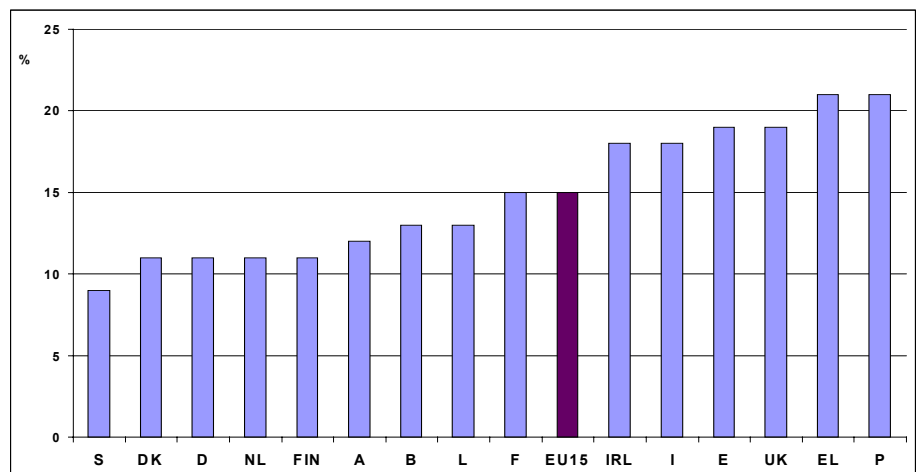


Abbildung 1: Rate der von Armut bedrohten Personen für 1999

Armutsgefährdung - ein relativer Begriff

Der „Armutsgrenzwert“ liegt für jedes Land bei 60 % des nationalen medianen Äquivalenzeinkommens. Bei der „Armutsgefährdung“ handelt es sich also nicht so sehr um ein absolutes, sondern vielmehr um ein relatives Risiko, denn sie wird in Relation zum allgemeinen Wohlstandsniveau des jeweiligen Landes definiert und mittels des Zentralwerts der Einkommensverteilung ausgedrückt (ein besonderer Vorteil der Verwendung des Medians liegt darin, dass er nicht durch Extremwerte, d. h. durch extrem hohe oder niedrige Einkommen, beeinflusst wird).

Für die Gesamtbevölkerung werden nationale Grenzwerte berechnet und als Äquivalenzeinkommen ausgedrückt, um Größe und Zusammensetzung der Haushalte zu berücksichtigen. Anschließend kann man für einen bestimmten Haushaltstyp den nationalen Grenzwert durch Multiplikation mit der „Äquivalenzgröße“ des Haushalts von „äquivalentem“ in „inäquivalentes“ Geld umrechnen (siehe Hinweise zur Methodik).

In Abbildung 2 wird der monetäre Wert dieser Grenzwerte in Kaufkraftstandards (Euro-KKS, siehe Hinweise zur Methodik) für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und 2 Kindern für jeden Mitgliedstaat ausgedrückt. Dadurch wird verdeutlicht, dass es sich um einen relativen Wert handelt und was dieser Wert bedeutet.

Die Spanne der Werte reicht von 61 % des EU-Durchschnitts in Portugal bis 173 % in Luxemburg - ein Verhältnis von 1 : 2,8, das die Unterschiede im Lebensstandard zwischen den Mitgliedstaaten verdeutlicht. Von diesen Extremwerten abgesehen liegen die meisten nationalen Grenzwerte zwischen 70 % und 130 % des EU-Durchschnitts von 15 252 Euro-KKS (berechnet als Mittelwert aus den nationalen Grenzwerten, der mit der Bevölkerungszahl gewichtet wurde). Für einen Einpersonenhaushalt liegt der EU-Durchschnitt bei 7263 Euro-KKS pro Jahr (siehe Statistischer Anhang).

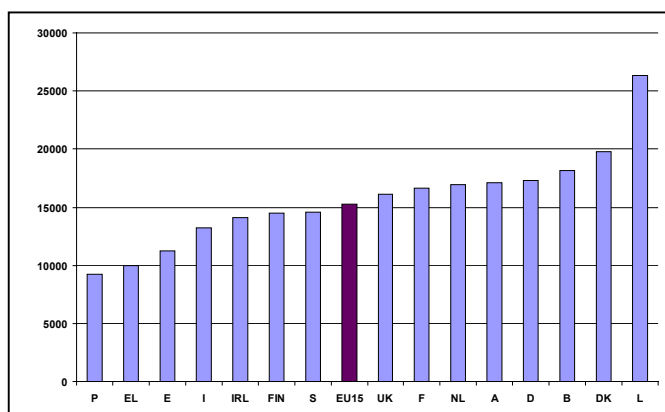


Abbildung 2: Darstellung des Armutsgrenzwertes am Beispiel eines Haushalts mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern für das Jahr 1999

Dass der Grenzwert bei 60 % des nationalen medianen Äquivalenzeinkommens angesetzt wurde, entspricht der Konvention. Gleichwohl haben statistische Erwägungen zu dieser Wahl geführt. Um festzustellen, inwiefern die Armutsgefährdung von der Wahl der Grenzwerte abhängt, wurden drei zusätzliche Grenzwerte berücksichtigt: 40 %,

50 % und 70 % des medianen Äquivalenzeinkommens.

In der EU schwankte die Wahrscheinlichkeit der Armutsgefährdung 1999 zwischen 5 % und 23 %, je nachdem, ob der Grenzwert bei 40 % oder bei 70 % des Medians angelegt wurde. Wurde ein 50 %-Grenzwert benutzt, betrug der Wert 9 %.

Auf Abbildung 3 ist zu erkennen, wie sich die Quoten für die Armutsgefährdung auf nationaler und auf EU-Ebene verändern, wenn der Grenzwert geändert wird (ausgedrückt als Prozentsatz des 60 %-Grenzwertes).

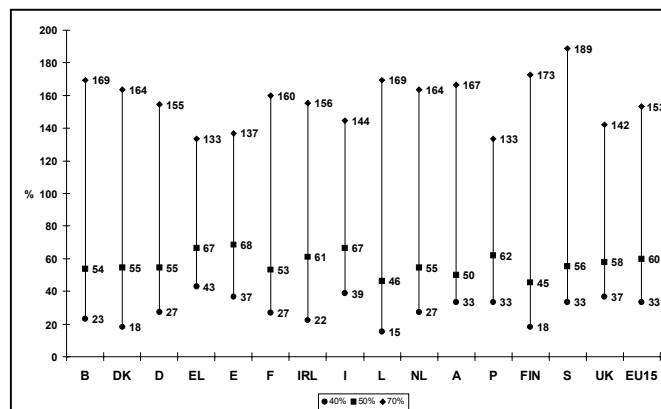


Abbildung 3: Streuung um den Armutsgrenzwert von 40 %, 50 %, 60 % und 70 % für das Jahr 1999 (als Anteil an der 60 %-Quote)

An den hier abgebildeten Ergebnissen kann man sehen, wie sich die Einkommensverteilung um das 60 % Grenzwert herum darstellt. Wenn sich viele Personen nur knapp unter (über) dem Grenzwert von 60 % befinden, so wird die Quote bei einem Grenzwert von 50 % (70 %) wesentlich niedriger (höher) sein als bei dem 60 %-Grenzwertes. Je länger also der Balken für ein Land in der Nähe des 60 %-Grenzwertes. So sind beispielsweise in Luxemburg und Finnland nur 45 % derer, die bei einem 60 %-Grenzwert von Armut bedroht sind, auch bei einem 50 %-Grenzwert von Armut bedroht. Das bedeutet, dass über die Hälfte der nach der Standarddefinition der von Armut bedrohten Menschen über ein Äquivalenzeinkommen zwischen 50 % und 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens verfügen. In Spanien, Griechenland und Italien dagegen ist der Anteil der ärmeren Bevölkerung unterhalb des 50 %-Grenzwert (und, allerdings in geringerem Maße, auch unterhalb dem 40 %-Grenzwert) höher.

Mit diesem Indikator lassen sich erste Erkenntnisse über das Ausmaß der Armut gewinnen. Ein Indikator, mit dem sich genau messen lässt, wie weit unterhalb der Grenzwert sich das Einkommen der von Armut bedrohter Personen befindet, d. h. „wie arm die Armen sind“, ist die Armutsgefährdungslücke.

Mediane Armutsgefährdungslücke

1999 lag der Medianwert der Armutsgefährdungslücke (d. h. die Differenz zwischen dem medianen Äquivalenzeinkommen der ärmeren Bevölkerungsgruppen und des 60 %-Grenzwertes) in der EU bei 22 % des 60 %-Grenzwertes. Mit anderen Worten: Die Hälfte der Armutsgefährdeten verfügte über ein Äquivalenzeinkommen von

weniger als 78 % des Armutsgrenzwertes (d.h. unter $78\% \cdot 60\% = 47\%$ des medianen Äquivalenzeinkommens). Die Lücke war in Griechenland, Spanien und Portugal, am niedrigsten in Dänemark, den Niederlanden und Finnland.

dauerhaft gefährdet waren (Abbildung 5). Am höchsten war der Anteil der dauerhaften Armutsgefährdung in Irland und Portugal, am niedrigsten in Dänemark, den Niederlanden und Finnland.

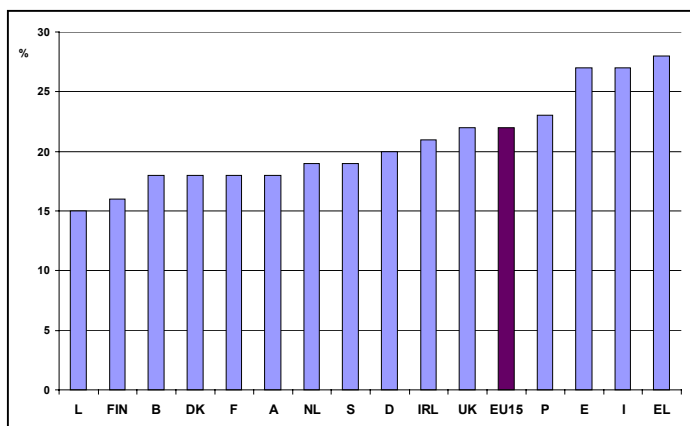


Abbildung 4: Relativer Medianwert der Armutsgefährdungslücke 1999

Dauerhafte Armutsgefährdung

Das Augenmerk der Politik gilt besonders dem Teil der Bevölkerung, der über einen längeren Zeitraum hinweg nur ein geringes Einkommen hat. Deshalb findet sich die Dauer des Armutsrisikos als eine weitere Messgröße auf der in Laeken vereinbarten Liste der Indikatoren für die soziale Eingliederung. Abbildung 5 zeigt die nationalen Werte für 1999 für diesen Indikator und für die oben erläuterte Standardquote der Armutsgefährdung.

1999 waren 9 % der EU-Bevölkerung dauerhaft armutsgefährdet, was bedeutet, dass ihr Äquivalenzeinkommen nicht nur 1999, sondern auch in mindestens zwei der drei vorhergehenden Jahre (1996-1998) die 60 %-Grenze unterschritt. Wieder variieren die Werte der Mitgliedstaaten stark: Am niedrigsten war die Quote der dauerhaften Armutsgefährdung mit 5 % in Dänemark, Finnland und den Niederlanden, am höchsten mit 14 % in Portugal.

Anderung des Armutsgrenzwertes im Zeitablauf

Ebenfalls interessant ist die Berechnung der Armutsgefährdungsquoten bei einer während des Betrachtungszeitraums (hier 1996-1999) real konstant gehaltenem Grenzwert. Dafür wurde der Grenzwert für 1996, lediglich um die Inflationshöhe des jeweiligen Jahres erhöht, während des gesamten Beobachtungszeitraums verwendet.

Abbildung 6 vergleicht die Standardquote der Armutsgefährdung mit diesem neuen Wert, der im Jahr 1996 „verankerten“ Armutsgefährdungsquote.

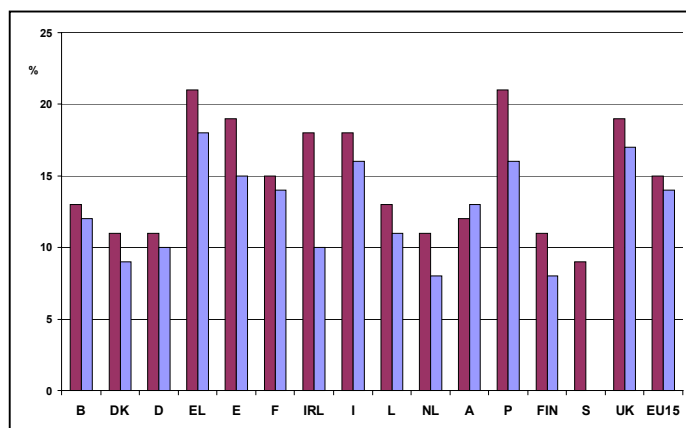


Abbildung 6: Armutsgefährdungsquote für 1999 (links) und im Jahr 1996 „verankerte“ Armutsgefährdungsquote für 1999 (rechts)

Im Ergebnis zeigt sich zwar auf EU-Ebene kein signifikanter Unterschied (Grenzwert für 1999: 15 %, indexierter Grenzwert bei „Verankerung“ im Jahr 1996: 14 %), doch in einigen Mitgliedstaaten sehr wohl. So ergibt die Indexierung für Irland eine Armutsquote von 10 % statt der 1999 tatsächlich gemessenen 18 % und für Portugal 16 % statt 21 %. Dies legt die Vermutung nahe, dass in dem untersuchten Vierjahreszeitraum das mediane Einkommen in diesen Ländern sehr viel schneller gestiegen ist als die Inflation.

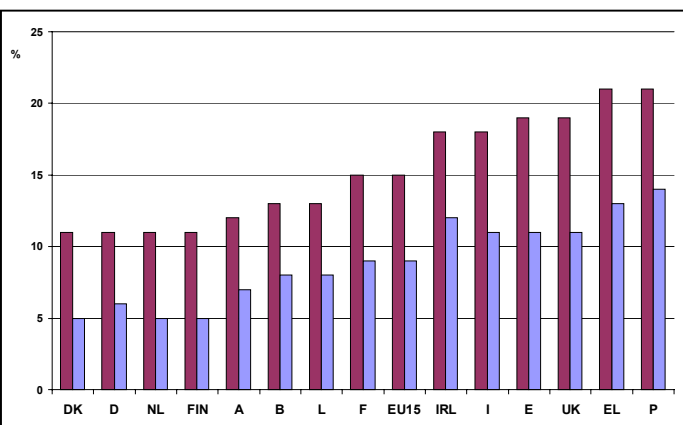


Abbildung 5: Quote der dauerhaften Armutsgefährdung für 1996-1999 (rechts) und der aktuellen Armutsgefährdung (links) für 1999

Stellt man die dauerhafte Armutsgefährdung der aktuellen Armutsgefährdung gegenüber, so zeigt sich, dass 1999 in der EU weit über die Hälfte der Armutsgefährdeten

In einigen Ländern ist das Einkommen gleichmässiger verteilt

Alle bislang vorgestellten Indikatoren haben sich, was die Einkommensverteilung angeht, auf den einkommensschwachen Teil der Bevölkerung bezogen. Doch auch ein Vergleich der relativen Stellung der unteren Gruppe im Vergleich zur oberen kann aufschlussreich sein.

Solch ein Vergleich lässt sich anhand der Quote S80/S20 durchführen. Mit dieser Quote wird für jedes Land das gesamte Äquivalenzeinkommen des obersten Einkommensquintils (20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Äquivalenzeinkommen) mit dem des untersten Einkommensquintils (20 % der Bevölkerung mit dem geringsten Äquivalenzeinkommen) verglichen.

Der EU-Durchschnitt im Jahr 1999 lag bei 4,6, was bedeutet, dass die Wohlhabenden über 4,6 mal so viel Einkommen verfügten wie die Einkommensschwachen. Das Verhältnis zwischen reicher und armer Bevölkerung reicht von 3,2 in Dänemark und Schweden bis 6,4 in Portugal.

An dem S80/S20-Verhältnis lassen sich lediglich Veränderungen im obersten und im untersten Quintil ablesen. Mit dem Gini-Koeffizienten lässt sich dagegen die gesamte Einkommensverteilung nachvollziehen.

Bei vollkommener Gleichheit (wenn jeder das gleiche Einkommen hätte) wäre der Gini-Koeffizient 0 %; bezöge dagegen eine einzige Person das gesamte nationale Einkommen, läge er bei 100 %. 1999 wurde für die EU ein Wert von 29 % berechnet. Die nationalen Gini-Koeffizienten liegen zwischen 23 % (Dänemark, Schweden) und 36 % (Portugal). Die Reihenfolge der nationalen Gini-Koeffizienten und der S80/S20-Quoten sind sehr ähnlich (siehe Abbildung 7).

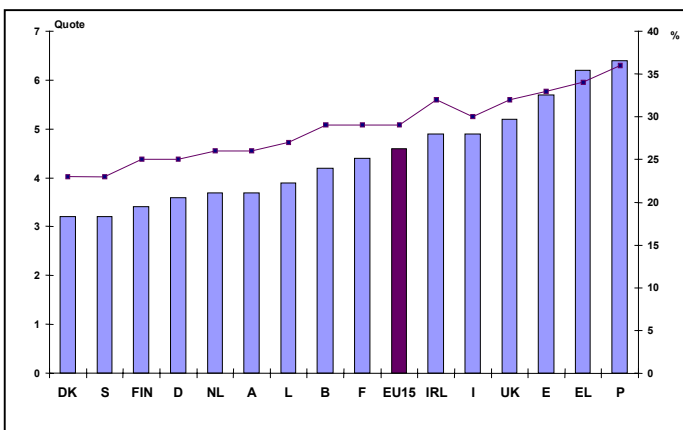


Abbildung 7: Einkommensverteilung (linke Skala; Balken) und Gini-Koeffizient (rechte Skala; Linie) 1999

Umverteilungseffekt der Sozialtransfers

Nach der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen finanziellem Armutsrisiko und Einkommensverteilung sollten wir uns nun der Beurteilung der Rolle der Politik bei der Armutsbekämpfung widmen. Anhand der ECHP-Daten können wir den Umverteilungseffekt der Sozialtransfers (Alters- und Hinterbliebenenrenten, Arbeitslosenunterstützung, Invalidenrenten, Familienleistungen usw.) und ihre Rolle bei der Verringerung des Armutsrisikos nachvollziehen. Allerdings ermöglicht er uns nicht die Betrachtung alternativer politischer Maßnahmen wie Steuergutschriften und Steuerfreibeträge sowie soziale Sachtransfers.

Vergleicht man die Standardquote der Armutsgefährdung mit der hypothetischen Situation, dass gar keine Sozialtransfers vorgenommen werden, so zeigt sich, dass diesen Transfers eine wichtige Umverteilungswirkung zukommt.

Würden sämtliche Sozialtransfers wegfallen, wäre die Armutsgefährdung für die gesamte EU-Bevölkerung erheblich höher als in Wirklichkeit (40 % statt 15 %). Man kann argumentieren, dass die Hauptrolle der Alters- (und Hinterbliebenen-)Renten nicht in einer Einkommens-

umverteilung zwischen verschiedenen Personen besteht, sondern vielmehr in einer Umverteilung innerhalb der Lebensabschnitte eines Menschen. Wenn man also Renten als Primäreinkommen und nicht als Sozialtransfers ansieht, liegt die Armutsgefährdungsquote ohne alle anderen Sozialtransfers bei 24 %

In Abbildung 8 ist der Vergleich der verschiedenen Quoten vor und nach Sozialtransfers für alle Länder im Jahr 1999 zu sehen. Diese Quoten wurden mit genau dem gleichen Grenzwert berechnet, und zwar mit dem 60 %-Grenzwert auf der Basis des gesamten Haushaltseinkommens inklusive aller Sozialtransfers.

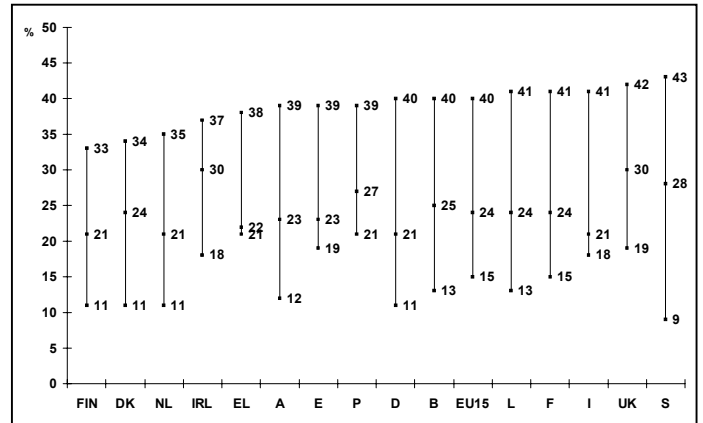


Abbildung 8: Armutsgefährdungsquote für 1999 vor Sozialtransfers (oben), nach Renten (Mitte) und nach allen Sozialtransfers (unten)

Um die Umverteilungswirkung der Sozialtransfers außer Renten (die weiterhin als Primäreinkommen betrachtet werden) genauer bewerten zu können, wird in Abbildung 9 dargestellt, wie stark die Armutsgefährdungsquote für das Jahr 1999 sinkt, wenn diese Transfers wegfallen (Differenz ausgedrückt in Prozent der Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers). In Griechenland (Rückgang um 5 % oder von 22 % auf 21 %), Italien, Spanien und Portugal gehen die Werte leichter zurück. In Dänemark und Schweden ist ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen. Dies lässt auf eine größere Umverteilungswirkung von Sozialtransfers oder auf höhere Sozialausgaben in diesen beiden Ländern schließen.

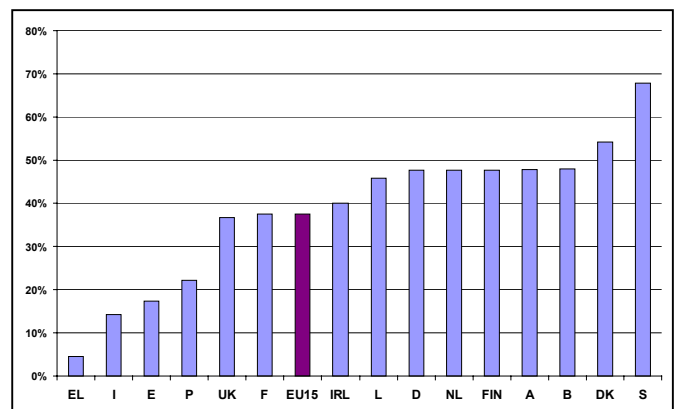


Abbildung 9: Auswirkungen der Sozialtransfers (außer Renten) auf die Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers für 1999

Mehr zu den Laeken-Indikatoren...

Wie bereits erwähnt, einigte man sich in Laeken auf insgesamt 18 Indikatoren. Dabei wird zwischen zehn primären Indikatoren zur Erfassung der wichtigsten Ursachen sozialer Ausgrenzung und acht sekundären Indikatoren zur Beschreibung an-derer Dimensionen des Problems unterschieden. Diese Indikatoren bilden nun eine wesentliche Grundlage der sozialpolitischen Entscheidungen der EU, da die Mitgliedstaaten sie ab 2003 in ihre nationalen Aktionspläne für die soziale Eingliederung integrieren, die alle zwei Jahre vorgelegt werden. Außerdem werden sich sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Kommission ab 2003 in ihrem Gemeinsamen Bericht über die soziale Eingliederung auf sie stützen.

Darüber hinaus wird den Mitgliedstaaten empfohlen, die gemeinsamen Indikatoren in ihren nationalen Aktionsplänen zur sozialen Eingliederung durch eine dritte Gruppe von Indikatoren zu ergänzen, die der Darstellung spezifischer nationaler Bedingungen und der Interpretation der primären und sekundären Indikatoren dienen sollen; diese letzteren Indikatoren müssen nicht unbedingt auf EU-Ebene harmonisiert sein. Zwar wurden noch keine gemeinsamen Indikatoren zur Wohnsituation vorgeschlagen, doch wurde bereits eine wichtige Vereinbarung über einen gemeinsamen Ansatz in diesem Schlüsselbereich erzielt: Die Mitgliedstaaten werden nämlich ebenfalls aufgefordert, ab 2003 in ihren nationalen Aktionsplänen auch über menschenwürdiges Wohnen, Wohnkosten und Obdachlosigkeit zu berichten.

Vorgeschlagen wurden die 18 Laeken-Indikatoren von der Untergruppe „Indikatoren“ des Ausschusses für Sozialschutz der EU, die im Februar 2001 ihre erste Sitzung hatte und an der Eurostat aktiv beteiligt ist. Dabei werden die Ergebnisse der profunden Forschungsarbeiten zur Methodik berücksichtigt, die die belgische EU-Präsidentschaft speziell zu diesem Zweck in Auftrag gegeben hatte (siehe Atkinson T., Cantillon B., Marlier E.

and Nolan B., 2002, Social Indicators: The EU and Social Inclusion, Oxford University Press, Oxford). Der vom Ausschuss für den Sozialschutz erstellte und in Laeken verabschiedete Bericht über Indikatoren für die soziale Eingliederung kann auf der Website der Generaldirektion Beschäftigung und soziale Angelegenheiten der Europäischen Kommission eingesehen werden (<http://www.europa.eu.int/>).

Die Untergruppe „Indikatoren“ plant dieses Jahr, die vereinbarte Indikatorenliste dahingehend weiterzuentwickeln, dass zusätzliche für die soziale Eingliederung relevante Dimensionen aufgenommen und auch die Beitrittsländer erfasst werden (in Kürze wird eine ähnliche Untersuchung über die Beitrittsländer veröffentlicht).

Die vorliegende Veröffentlichung befasst sich mit den neun in Laeken vereinbarten Einkommensindikatoren (siehe Definitionen in nachfolgender Tabelle). Die übrigen neun Indikatoren werden in einem zweiten Bericht abgehandelt. Die in diesem Bericht vorgestellten Indikatoren beziehen sich nur auf die Gesamtbevölkerung und auf die jüngsten verfügbaren Daten (ECHP, 1999). Die vollständigen, nach Laeken-Kategorien aufgeschlüsselten Datenreihen (Alter und Geschlecht, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Besitzverhältnisse) können Sie auf der New-Cronos-Website von Eurostat einsehen.

Es sollte darauf hingewiesen werden, dass die Untergruppe „Indikatoren“ des Ausschusses für Sozialschutz bei der Erstellung der Laeken-Indikatoren auf die Vorarbeiten der Europäischen Kommission für die Erstellung einer gemeinsamen Liste von Strukturindikatoren zum sozialen Zusammenhalt aus dem Jahr 2000 zurückgegriffen hat. Diese Liste ist Teil des jährlichen Berichts der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates. Die Kommission wird sich in ihrem Frühjahrsbericht 2003 auf eine Auswahl der in Laeken vereinbarten Strukturindikatoren beziehen. Dadurch stellt sie sicher, dass die verschiedenen Prozesse vollständig aufeinander abgestimmt werden.

Unter „Einkommen“ ist das verfügbare Äquivalenzeinkommen zu verstehen. Es wird definiert als verfügbares Gesamteinkommen des Haushalts dividiert durch seine „Äquivalenzgröße“ (um Größe und Zusammensetzung des Haushalts zu berücksichtigen) und wird jedem Haushaltsmitglied zugewiesen.	
Primäre Indikatoren	Definition
Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers	Anteil der Personen mit einem Einkommen von weniger als 60 % des nationalen Medianeinkommens. Aufschlüsselungen nach Alter und Geschlecht, häufigstem Erwerbsstatus, Haushaltstyp, Besitzverhältnis + Armutsgrenzwert (illustrative Werte)
Ungleichheit der Einkommensverteilung	Anteilsverhältnis der Einkommensquintile S80/S20: Verhältnis des Gesamteinkommens der 20 % Einkommensstärksten (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen der 20 % Einkommensschwächsten (unterstes Quintil).
Quote der dauerhaften Armutsgefährdung (60 %-Median)	Anteil der Personen mit einem Einkommen unter der Armutsgrenzwert im laufenden Jahr und in mindestens zwei der drei vorhergehenden Jahren. Aufschlüsselung nach Geschlecht + Gesamtwert
Relativer Medianwert der Armutsgefährdungslücke	Differenz zwischen dem medianen Einkommen von Personen unterhalb der Armutsgrenzwert und der Armutsgrenzwert, ausgedrückt in Prozent der Armutsgrenzwert. Aufschlüsselung nach Geschlecht + Gesamtwert.
Sekundäre Indikatoren	
Streuung um den Armutsgrenzwert	Anteil der Personen mit einem Einkommen unter 40 %, 50 % und 70 % des nationalen Medianeinkommens.
Armutsgefährdungsquote bei zeitlicher Verankerung des Armutsgrenzwertes	In einem gegebenen Jahr (in dieser Veröffentlichung: 1999) entspricht die „Armutsgefährdungsquote bei zeitlicher Verankerung des Armutsgrenzwertes“ (hier im Jahr 1996) dem Anteil der Bevölkerung, dessen Einkommen in dem gegebenen Jahr unter einer nach dem Standardverfahren (hier für 1996) berechneten Armutsgrenzwert liegt, die anschließend inflationsbereinigt wurde. (Der Bezugszeitraum ist hier 1996-1999, doch die anzuwendende Inflationsrate ist die der Jahre 1995-1998, da das Bezugsjahr für das Einkommen im ECHP das Jahr vor der Erhebung ist).
Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers	Armutsgefährdungsquote, wobei das Einkommen wie folgt berechnet wird: 1. Primäreinkommen, d. h. Einkommen ohne Sozialtransferleistungen 2. Primäreinkommen zuzüglich Alters- und Hinterbliebenenrenten 3. Gesamteinkommen, d. h. einschließlich aller Sozialtransferleistungen. Aufschlüsselung nach Geschlecht + Gesamtwert.
Gini-Koeffizient	Verhältnis der kumulativen Bevölkerungsanteile nach Einkommensniveau zum kumulativen Anteil des von ihnen erzielten Gesamteinkommens.
Quote der dauerhaften Armutsgefährdung (50 %-Median)	Anteil der Personen mit einem Einkommen unter der Armutsgrenzwert von 50 % im laufenden Jahr und in mindestens zwei der drei vorhergehenden Jahren. Aufschlüsselung nach Geschlecht + Gesamtwert.

Statistischer anhang

1999	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL
Armutsgefährdungsquote (%)								
Nach Sozialtransfers (Grenzwert 60 %)	15	13	11	11	21	19	15	18
Vor Sozialtransfers (Einkommen einschließlich Renten)	24	25	24	21	22	23	24	30
Vor Sozialtransfers (Einkommen ohne Renten)	40	40	34	40	38	39	41	37
Grenzwert 40 %	5	3	2	3	9	7	4	4
Grenzwert 50 %	9	7	6	6	14	13	8	11
Grenzwert 70 %	23	22	18	17	28	26	24	28
Armutsgrenzwert (Euro-KKS)								
Haushalt mit einem Erwachsenen	7,263	8,659	9,414	8,236	4,753	5,347	7,944	6,721
Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern	15,252	18,184	19,769	17,296	9,981	11,229	16,682	14,114
Relativer Medianwert der Armutsgefährdungslücke (%)	22	18	18	20	28	27	18	21
Quote der dauerhaften Armutsgefährdung (Grenzwert 60 %)	9	8	5	6	13	11	9	12
Armutsgefährdungsquote bei zeitlicher „Verankerung“ 1996 (%)	14	12	9	10	18	15	14	10
Einkommensverteilung (Anteilsverhältnis der Einkommensquintile)	4.6	4.2	3.2	3.6	6.2	5.7	4.4	4.9
Gini-Koeffizient (%)	29	29	23	25	34	33	29	32
1999	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Armutsgefährdungsquote (%)								
Nach Sozialtransfers (Grenzwert 60 %)	18	13	11	12	21	11	9	19
Vor Sozialtransfers (Einkommen einschließlich Renten)	21	24	21	23	27	21	28	30
Vor Sozialtransfers (Einkommen ohne Renten)	41	41	35	39	39	33	43	42
Grenzwert 40 %	7	2	3	4	7	2	3	7
Grenzwert 50 %	12	6	6	6	13	5	5	11
Grenzwert 70 %	26	22	18	20	28	19	17	27
Armutsgrenzwert (Euro-KKS)								
Haushalt mit einem Erwachsenen	6,305	12,532	8,067	8,158	4,400	6,921	6,942	7,694
Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern	13,241	26,317	16,941	17,132	9,240	14,534	14,578	16,157
Relativer Medianwert der Armutsgefährdungslücke (%)	27	15	19	18	23	16	19	22
Quote der dauerhaften Armutsgefährdung (Grenzwert 60 %)	11	8	5	7	14	5	:	11
Armutsgefährdungsquote bei zeitlicher „Verankerung“ 1996 (%)	16	11	8	13	16	8	:	17
Einkommensverteilung (Anteilsverhältnis der Einkommensquintile)	4.9	3.9	3.7	3.7	6.4	3.4	3.2	5.2
Gini-Koeffizient (%)	30	27	26	26	36	25	23	32

: Angaben liegen nicht vor

Quelle: Eurostat, ECHP-UDB (ECHP-Benutzerdatenbank), Version Dezember 2002

Anmerkungen: Die Daten für Spanien sind vorläufig: Das nationale statistische Amt Spaniens wird die Gewichte für die nächsten Veröffentlichungen von ECHP-Daten überarbeiten. Die EU-Durchschnitte werden als gewogenes Mittel der Ergebnisse der Mitgliedstaaten berechnet (wobei jedes Land mit einem Gewicht versehen wird, das seiner Gesamtbevölkerung entspricht).

➤ WISSENSWERTES ZUR METHODIK

Datengrundlage

Die hier vorgestellten Zahlen stammen aus der Benutzerdatenbank des Haushaltspanels der Europäischen Gemeinschaft (ECHP), Version Dezember 2002. Diese gilt als die beste derzeit verfügbare Quelle für vergleichbare Daten.

Das Europäische Haushaltspanel (ECHP) ist eine Erhebung, die aus der jährlichen Befragung eines repräsentativen Panels von Haushalten und Einzelpersonen mittels eines standardisierten Fragebogens besteht und ein breites Themenspektrum abdeckt: Einkommen (einschließlich der verschiedenen Sozialleistungen), Gesundheit, Bildung, Wohnsituation, demografische und beschäftigungsrelevante Merkmale. Die Längsschnittstruktur des ECHP ermöglicht die Weiterverfolgung und Befragung der gleichen Haushalte und Einzelpersonen über mehrere Jahre hinweg. Die im Laufe der Zeit aufgetretenen Panelmortalitäten waren ziemlich niedrig. Das ECHP wie andere Haushaltserhebungen deckt nicht Personen, die in Gemeinschaftshaushalten leben, obdachlose Personen oder andere Personengruppen, die schwer erreichbar sind. Außerdem gibt es Bedenken über die Qualität der Daten für jene am unteren Ende der Einkommenverteilung.

Die erste Welle des ECHP wurde 1994 in den damals 12 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Die Stichprobe umfasste 60 500 Haushalte (rund 170 000 Einzelpersonen). Seit 1995 nimmt Österreich und seit 1996 Finnland an der Erhebung teil. Bei der Planung der ursprünglichen Stichproben wurde auf eine möglichst große nationale Repräsentativität abgezielt. Schweden nimmt zwar nicht an der ECHP-Erhebung teil, doch werden seit 1997 vergleichbare Mikrodaten aus der schwedischen Erhebung über die Lebensbedingungen in die Nutzerdatenbank des ECHP eingegeben. Für das Vereinigte Königreich ergibt sich ein Zeitreihenbruch zwischen 1996 und 1997. Bis 1996 wurden Daten von der ursprünglichen ECHP-Erhebung verwendet. Ab 1997 wurden Daten vom nationalen Panel in das ECHP-Format umgewandelt und verwendet. Für Deutschland ergibt sich zwischen 1994 und 1995 ein Zeitreihenbruch. Ab 1995 wurde die Erhebung auch bei einer zusätzlichen Stichprobe von Zuwanderern durchgeführt. Somit sind die vor 1995 berechneten Indikatoren nicht mit denen für 1995 und Folgejahre konsistent. Dies gilt insbesondere für die Quote der dauerhaften Armutsgefährdung. Die verfügbaren Daten für Finnland und Frankreich ermöglichen lediglich eine Berichtigung auf Bruttobasis, was die Genauigkeit des Indikators zur Armutsgefährdung vor Sozialtransfers beeinträchtigen kann.

Die aktuelle Version der ECHP-Benutzerdatenbank unterscheidet sich in mancher Hinsicht von früheren Versionen: Zum einen haben einige Länder ihre Einkommensdaten aktualisiert, zum anderen wurde die Methodik im Hinblick auf zwei Aspekte grundsätzlich überarbeitet: a) Für die ECHP-Daten wird ein verbessertes Gewichtungsverfahren verwendet, mit dem extreme Gewichte vermieden werden sollen; b) bei „Antwortausfällen innerhalb der Haushalte“ wird eine neue Bereinigungsverfahren angewandt. Diese beiden grundlegenden Neuerungen wirken sich auf zweierlei Weise auf die Erstellung der ECHP-Nutzerdatenbank aus. Zum einen enthalten die Mikrodaten nun weniger extreme Gewichte und bessere Informationen über die Einkommen. Zum anderen ergeben sich einige bedeutende Änderungen bei der Schätzung von wichtigen Indikatoren, die auf ECHP-Daten beruhen. Diese Änderungen der Methodik kommen einer grundlegenden Überarbeitung und einer Verbesserung der Genauigkeit der ECHP-Schätzungen gleich und werden deshalb bis zum Ende des Panels beibehalten. Wir weisen Sie darauf hin, dass das statistische Amt Spaniens in den nächsten Veröffentlichungen eine veränderte Gewichtung verwenden wird.

Verfügbares Einkommen

Einkommensdaten aus dem ECHP beziehen sich auf das Jahr unmittelbar vor der Erhebung (z. B. 1998 für die 1999 durchgeführte Erhebungswelle 6). Die Zusammensetzung der Haushalte und die soziodemografischen Merkmale der Haushaltsmitglieder beziehen sich jedoch auf den Erhebungszeitpunkt. Das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen wird definiert als das gesamte monetäre Nettoeinkommen eines Haushalts und seiner Mitglieder zum Zeitpunkt der Befragung, d. h. das gesamte Einkommen aus Erwerbstätigkeit (unselbständige und selbständige Erwerbstätigkeit) und das private Einkommen aus Anlagen und Vermögen sowie alle unmittelbar empfangenen Sozialtransfers einschließlich Altersrenten abzüglich aller Steuern und entrichteten Sozialversicherungsbeiträge. Nicht berücksichtigt werden hingegen indirekte Sozialtransfers, die Zahlung von Kreditzinsen, Transfers an andere Haushalte, Naturaleinkommen und unterstellte Mieten für selbst genutztes Wohnungseigentum. Besonders letztere können in manchen Ländern eine signifikante Rolle spielen. Um der unterschiedlichen Größe und Zusammensetzung der Haushalte Rechnung zu tragen, wird das Einkommen je „Erwachsenenäquivalent“ angegeben. Dazu wird das Gesamteinkommen des Haushalts durch seine anhand der „modifizierten OECD-Skala“ ermittelte Äquivalenzgröße geteilt. Demnach erhält der erste Erwachsene den Gewichtungsfaktor 1,0, jedes weitere Haushaltsmitglied ab 14 Jahren den Gewichtungsfaktor 0,5 und Kinder unter 14 Jahren den Faktor 0,3. Die sich daraus ergebenden Werte werden jedem Haushaltsmitglied zugewiesen, unabhängig davon, ob es sich um Erwachsene oder Kinder handelt. Die Äquivalenzgröße eines Haushalts mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren ist somit: $1,0 + 0,5 + (2 \cdot 0,3) = 2,1$.

Kaufkraftparitäten (KKP) und Kaufkraftstandards (KKS)

Bei KKP handelt es sich um einen fiktiven Wechselkurs, durch den die Auswirkungen von Preisniveauunterschieden eliminiert werden. Mit 1 KKS kann man somit in jedem Land einen vergleichbaren Korb von Waren und Dienstleistungen erwerben. Zum leichteren Verständnis werden sie auf EU-Ebene skaliert. Man kann sich also die KKS als Euro in realen Werten vorstellen.

Genauere Angaben zur Methodik der hier verwendeten monetären Laeken-Indikatoren finden Sie auf der CIRCA-Website von Eurostat, oder Sie erhalten sie auf Wunsch von den Verfassern dieser Veröffentlichung.

Weitere Informationsquellen:

➤ Veröffentlichungen

Titel Income, poverty and social exclusion (2000)
 Katalognummer KS-29-00-181-EN-C Preis EUR 14,50

➤ Datenbanken

NewCronos, Thema 3 Bereich ILC

Wenn Sie weitere Auskünfte wünschen oder an unseren Veröffentlichungen, Datenbanken oder Auszügen daraus interessiert sind, wenden Sie sich bitte an einen unserer **Data Shops**:

BELGIQUE/BELGIË	DANMARK	DEUTSCHLAND	ESPAÑA	FRANCE	ITALIA – Roma
Eurostat Data Shop Bruxelles/Brüssel Planistat Belgique Rue du Commerce 124 Handelsstraat 124 B-1000 BRUXELLES / BRUSSEL Tel. (32-2) 234 67 50 Fax (32-2) 234 67 51 E-mail: datashop@planistat.be URL: http://www.datashop.org/	DANMARKS STATISTIK Bibliotek og Information Eurostat Data Shop Sejrogade 11 DK-2100 KØBENHAVN Ø Tlf. (45) 39 17 30 30 Fax (45) 39 17 30 03 E-mail: bib@dst.dk URL: http://www.dst.dk/bibliotek	STATISTISCHES BUNDESAMT Eurostat Data Shop Berlin Otto-Braun-Straße 70-72 (Eingang: Karl-Marx-Allee) D-10178 BERLIN Tel. (49) 1888-644 94 27/28 (49) 611 75 94 27 Fax (49) 1888-644 94 30 E-Mail: datashop@destatis.de URL: http://www.eu-datashop.de/	INE Eurostat Data Shop Paseo de la Castellana, 183 Despacho 011B Entrada por Estébanez Calderón E-28046 MADRID Tel. (34) 915 839 167/ 915 839 500 Fax (34) 915 830 357 E-mail: datashop.eurostat@ine.es URL: http://www.ine.es/prodysers/datashop/index.html	INSEE Info Service Eurostat Data Shop 195, rue de Bercy Tour Gamma A F-75582 PARIS CEDEX 12 Tél. (33) 1 53 17 88 44 Fax (33) 1 53 17 88 22 E-mail: datashop@insee.fr	ISTAT Centro di Informazione Statistica Sede di Roma, Eurostat Data Shop Via Cesare Balbo, 11a I-00184 ROMA Tel. (39) 06 46 73 31 02/06 Fax (39) 06 46 73 31 01/07 E-mail: dipdiff@istat.it URL: http://www.istat.it/Prodotti-e/Allegati/Eurostatdatashop.html
ITALIA – Milano	LUXEMBOURG	NEDERLAND	NORGE	PORTUGAL	SCHWEIZ/SUISSE/SVIZZERA
ISTAT Ufficio Regionale per la Lombardia Eurostat Data Shop Via Fieno 3 I-20123 MILANO Tel. (39) 02 80 61 32 460 Fax (39) 02 80 61 32 304 E-mail: mileuro@tin.it URL: http://www.istat.it/Prodotti-e/Allegati/Eurostatdatashop.html	Eurostat Data Shop Luxembourg 46A, avenue J.F. Kennedy BP 1452 L-1014 LUXEMBOURG Tél. (352) 43 35-2251 Fax (352) 43 35-2221 E-mail: dslux@eurostat.datashop.lu URL: http://www.datashop.org/	Centraal Bureau voor de Statistiek Eurostat Data Shop-Voorburg Postbus 4000 2270 JM VOORBURG Nederland Tel. (31-70) 337 49 00 Fax (31-70) 337 59 84 E-mail: datashop@cbs.nl URL: www.cbs.nl/eurodatashop	Statistics Norway Library and Information Centre Eurostat Data Shop Kongens gate 6 Boks 8131 Dep. N-0033 OSLO Tel. (47) 21 09 46 42/43 Fax (47) 21 09 45 04 E-mail: Datashop@ssb.no URL: http://www.ssb.no/biblioteket/datashop/	Eurostat Data Shop Lisboa INE/Serviço de Difusão Av. António José de Almeida, 2 P-1000-043 LISBOA Tel. (351) 21 842 61 00 Fax (351) 21 842 63 64 E-mail: data.shop@ine.pt	Statistisches Amt des Kantons Zürich, Eurostat Data Shop Bleicherweg 5 CH-8090 Zürich Tel. (41) 1 225 12 12 Fax (41) 1 225 12 99 E-mail: datashop@statistik.zh.ch URL: http://www.statistik.zh.ch
SUOMI/FINLAND	SVERIGE	UNITED KINGDOM	UNITED STATES OF AMERICA		
STATISTICS FINLAND Eurostat Data Shop Helsinki Tilastokirjasto P.O. 29 FIN-00022 Tilastokeskus Työpajakatu 13 B, 2. kerros, Helsinki P. (358-9) 17 34 22 21 F. (358-9) 17 34 22 79 Sähköposti: datashop@stat.fi URL: http://tilastokeskus.fi/tilkk/datashop/	STATISTICS SWEDEN Information service Eurostat Data Shop Karlavägen 100 - Box 24 300 S-104 51 STOCKHOLM Tfn (46-8) 50 69 48 01 Fax (46-8) 50 69 48 99 E-post: infoservice@scb.se URL: http://www.scb.se/tjanster/datashop/datashop.asp	Eurostat Data Shop Office for National Statistics Room 1.015 Cardiff Road Newport NP10 8XG South Wales United Kingdom Tel. (44-1633) 81 33 69 Fax (44-1633) 81 33 33 E-mail: eurostat.datashop@ons.gov.uk	HAVER ANALYTICS Eurostat Data Shop 60 East 42nd Street Suite 3310 NEW YORK, NY 10165 USA Tel. (1-212) 986 93 00 Fax (1-212) 986 69 81 E-mail: eurodata@haver.com URL: http://www.haver.com/		

Media Support Eurostat (nur für Journalisten):
 Bech Gebäude Büro A4/017 • L-2920 Luxembourg • Tel. (352) 4301 33408 • Fax (352) 4301 35349 • e-mail: eurostat-mediasupport@cec.eu.int

Auskünfte zur Methodik:

Ian Dennis, Eurostat/E2, L-2920 Luxembourg, Tel. (352) 4301 35129, Fax (352) 4301 35979, E-mail: ian.dennis@cec.eu.int

A.C. Guio, Eurostat/E2, L-2920 Luxembourg, Tel (352) 4301 35094, Fax (352) 4301 35979, E-mail: anne-catherine.guio@cec.eu.int

ORIGINAL: Englisch

Unsere Internet-Adresse: www.europa.eu.int/comm/eurostat/ Dort finden Sie weitere Informationen.

Ein Verzeichnis unserer Verkaufsstellen in der ganzen Welt erhalten Sie beim **Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften**

2 rue Mercier – L-2985 Luxembourg
 Tel. (352) 2929 42118 Fax (352) 2929 42709
 URL: <http://publications.eu.int>
 E-mail: info-info-opoce@cec.eu.int

BELGIQUE/BELGIË – DANMARK – DEUTSCHLAND – GREECE/ELLADA – ESPAÑA – FRANCE – IRELAND – ITALIA – LUXEMBOURG – NEDERLAND – ÖSTERREICH
 PORTUGAL – SUOMI/FINLAND – SVERIGE – UNITED KINGDOM – ISLAND – NORGE – SCHWEIZ/SUISSE/SVIZZERA – BALGARIA – CESHÁ REPUBLIKA – CYPRUS
 EESTI – HRVATSKA – MAGYARORSZÁG – MALTA – POLSKA – ROMÂNIA – RUSSIA – SLOVAKIA – SLOVENIA – TÜRKIYE – AUSTRALIA – CANADA – EGYPT – INDIA
 ISRAËL – JAPAN – MALAYSIA – PHILIPPINES – SOUTH KOREA – THAILAND – UNITED STATES OF AMERICA

Bestellschein

Ich möchte „Statistik kurz gefasst“ abonnieren (vom 1.1.2003 bis 31.12.2003):
 (Anschriften der Data Shops und Verkaufsstellen siehe oben)

Alle 9 Themenkreise (etwa 200 Ausgaben)

- Papier: 240 EUR
 Gewünschte Sprache: DE EN FR

Statistik kurz gefasst kann von der Eurostat Web-Seite kostenlos als pdf-Datei heruntergeladen werden. Sie müssen sich lediglich dort eintragen. Für andere Lösungen wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop.

- Bitte schicken Sie mir ein Gratisexemplar des „Eurostat Minikatalogs“ (er enthält eine Auswahl der Produkte und Dienste von Eurostat)
 Gewünschte Sprache: DE EN FR
- Ich möchte das Gratisabonnement von „Statistische Referenzen“ (Kurzinformationen zu den Produkten und Diensten von Eurostat)
 Gewünschte Sprache: DE EN FR

Herr Frau
 (bitte in Großbuchstaben)
 Name: _____ Vorname: _____
 Firma: _____ Abteilung: _____
 Funktion: _____
 Adresse: _____
 PLZ: _____ Stadt: _____
 Land: _____
 Tel.: _____ Fax: _____
 E-mail: _____

Zahlung nach Erhalt der Rechnung vorzugsweise:

- durch Banküberweisung
 Visa Eurocard

Karten-Nr.: _____ gültig bis: ____/____/____

Ihre MwSt.-Nr. f.d. innergemeinschaftlichen Handel:

Fehlt diese Angabe, wird die MwSt. berechnet. Eine Rückerstattung ist nicht möglich.